



Bad Schwalbach, den 22.08.2018

Niederschrift

Gremium	Ausschuss für Energie, Umwelt und Kreisentwicklung
Sitzungsnummer	15/X. Wahlperiode
Datum	Dienstag, 21. August 2018
Sitzungsbeginn	16:00 Uhr
Sitzungsende	18:32 Uhr
Ort	KA-Sitzungszimmer

Teilnehmer:

Vorsitzender

Herr Paul Weimann	
-------------------	--

Stellv. Vorsitzender

Herr Roland Hoffmann	
----------------------	--

Landrat

Herr Frank Kilian	
-------------------	--

Mitglied

Herr Klaus-Peter Güttler	
Herr Günter Heckel	
Herr Christian Kessner	
Herr Volker Mosler	bis 18:15 Uhr
Frau Annette Reineke-Westphal	
Herr Udo Scheliga	
Herr Harald Schmelzeisen	
Herr Winfried Steinmacher	bis 18:05 Uhr

Dezernentinnen und Dezernenten

Frau Dr. Heidrun Orth-Krollmann	
Frau Monika Merkert	
Herr Dr. Clemens Mödden	

Herr Günter F. Döring	
Herr Hans-Joachim Pirschle	
Herr Karl Ottes	

Fraktionsvorsitzender

Herr Benno Pörtner	
--------------------	--

Schriftführerin

Frau Yvonne Grein	
-------------------	--

Öffentliche Tagesordnungspunkte:

Der Vorsitzende des Ausschusses für Energie, Umwelt und Kreisentwicklung Weimann eröffnet die Sitzung um 16:00 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Er begrüßt die anwesenden Mitglieder und die Vertreter des Kreisausschusses Landrat Kilian, KB Döring, KB Ottes, KB Pirschle, KB Dr. Orth-Krollmann, KB Merkert und KB Dr. Mödden.

Der Ausschussvorsitzende schlägt vor, den Tagesordnungspunkt 23 Beitritt der RTV GmbH zur Citybahn GmbH in öffentlicher Sitzung zu behandeln. Dabei weist der Ausschussvorsitzende darauf hin, dass die Vertragsinhalte, die der Beschlussvorlage als Anlagen beiliegen, vertraulich zu behandeln sind. Die Ausschussmitglieder stimmen dem zu.

Der Ausschuss beschließt einstimmig, dass die Tagesordnungspunkte 13 und 21 gemeinsam behandelt werden, aber getrennt darüber abgestimmt wird.

TOP 1. DS Genehmigung der Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Energie, Umwelt und Kreisentwicklung vom 30.04.2018

Die Niederschrift der Sitzung vom 30. April 2018 wird einstimmig genehmigt

TOP 2. DS X/634 Rettungsmittelerhöhung im Rettungsdienstbereich Rheingau-Taunus-Kreis

Die Drucksache X/643 wird ohne Aussprache einstimmig beschlossen.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

1. Die Rettungsmittelvorhaltung im Bereichsplan des Rheingau-Taunus-Kreises wird entsprechend Anlage 1 (Auszug aus dem Bereichsplan) angepasst.

2. Auf dem Gebiet der Gemeinde Hohenstein wird ein Rettungswachensversorgungsbe-
reich eingerichtet.

**TOP 3. DS X/652 Verbesserung der Schutzwirkung des Fluglärmschutzgesetzes
(FluglärmG)**

Der Abg. Hoffman erläutert die Argumente für seine Enthaltung bei der Abstimmung zur Druck-
sache X/652. Über die Drucksache wird ohne weitere Aussprache abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen, bei einer Enthaltung**

Beschluss:

1. Es wird sich der Einschätzung und den Forderungen der Stellungnahme der Arbeitsge-
meinschaft Deutscher Fluglärmschutzkommissionen (ADF) zum Entwurf eines Berichtes der
Bundesregierung zur Evaluierung des Fluglärmschutzgesetzes angeschlossen.
2. Die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Fluglärmschutzkommissionen (ADF) wird in ihrem Bemü-
hen unterstützt, der Bundesregierung den dringenden gesetzlichen Reformbedarf im
Hinblick auf die Verbesserung des Schutzes der Bevölkerung vor Fluglärm zu vermitteln
und auf entsprechende gesetzliche Änderungen zu drängen.

**TOP 4. DS X/659 Berichterstattung über die Umsetzung der Kreistagsbeschlüsse
zum demografischen Wandel vom 14.05. und 26.11.2007**

Die Mitteilungsvorlage X/659 wird ohne Aussprache zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

**TOP 5. DS X/667 4. Änderung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zur Rege-
lung der Abfallwirtschaft im Kreisteil Untertaunus**

Abg. Reineke-Westphal bittet um Prüfung einer redaktionellen Frage. Die erste in der öffentlich-
rechtlichen Vereinbarung genannte Laufzeit lautet auf neun Jahre, die Verlängerungsoption
danach beträgt lediglich acht Jahre. Landrat Kilian sagt eine Prüfung der Frage in der Betriebs-
kommission zu. KB Ottes dankt allen an der Arbeitsgruppe Abfallwirtschaft beteiligten Bürger-
meistern für die gute Zusammenarbeit.

Die Drucksache X/667 wird sodann zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

Dem Kreistag wird empfohlen, die 4. Änderung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zur Regelung der Abfallwirtschaft im Kreisteil Untertaunus (Anlage 1) zu beschließen.

**TOP 6. DS X/651 Modellregion Ökolandbau, Berichts Antrag Nr. 10/18 der GRÜNEN-Fraktion vom 07.04.2018;
hier: Stellungnahme der Verwaltung**

Landrat Kilian erklärt, dass der Kreis nicht in das Landesprogramm Modellregion Ökolandbau aufgenommen wurde. Er verweist dabei auf die Anlage 1 der Drucksache. Abg. Reineke-Westphal bedauert die Ablehnung.

Die Erklärung des Landrates wird zur Kenntnis genommen. Der Berichts Antrag wird zurückgezogen.

Abstimmungsergebnis: **vom Antragssteller zurückgezogen**

**TOP 7. DS X/664 Berichts Antrag Nr. 11/18 Anfrage der SPD vom 11.04.2018
Mobilität im Rheingau-Taunus-Kreis
hier: Stellungnahme der Verwaltung**

Der Bericht der Verwaltung wird ohne Aussprache zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

TOP 8. DS X/684 Prüfung zusätzlicher Waggons in den Zügen der Linie 10 der VIAS zu Stoßzeiten Antrag 25/17 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen; hier Stellungnahme der RTV

An der Aussprache zur Mitteilungsvorlage X/684 beteiligen sich KB Döring sowie die Abg. Güttler, Hoffmann und Reineke-Westphal.

Der Ausschuss für Energie, Umwelt und Kreisentwicklung bittet Herrn KB Döring darum, darauf hinzuwirken, dass die Kommunikation zwischen RTV und RMV intensiviert wird.

Die Mitteilungsvorlage X/684 wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

TOP 9. DS X/707 Verbesserung des Busverkehrs im Rheingau-Taunus-Kreis, Antrag Nr. 11/18 der GRÜNEN-Fraktion, Beschluss des Kreistages am 08.05.2018; hier: Stellungnahme der RTV

KB Döring erläutert die Mitteilungsvorlage X/707. Die Schwierigkeiten beim Betreiberwechsel waren vor allem darauf zurückzuführen, dass sich am 6. August 2018 sehr viele Fahrer des Busunternehmens Becker krankgemeldet hatten. Andere Busunternehmen konnten nicht kurzfristig die Leistungen übernehmen, weil ein Mangel an Busfahrern auf dem Arbeitsmarkt herrscht. Die vertraglich vereinbarte Verkehrsleistung konnte aber in kurzer Zeit erreicht werden.

An der Aussprache beteiligen sich die Abg. Kessner und Reineke-Westphal. Abg. Kessner bittet KB Döring darum, die Busfahrer der vom RTV beauftragten Busunternehmen nach ihrer Zufriedenheit zu befragen. KB Döring sagt die Befragung und die Berichterstattung im Ausschuss für Energie, Umwelt und Kreisentwicklung zu.

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

TOP 10. DS X/665 Nitrat- und Düngerbelastung unserer Gewässer; hier: Berichtsantrag Nr. 14/18 der GRÜNEN-Fraktion vom 02.07.2018, eingegangen am 04.07.2018

Abg. Reineke-Westphal erläutert den Berichtsantrag 14/18. KB Dr. Orth-Krollmann und KB Merkert erläutern, dass sowohl Trinkwasser als auch Oberflächengewässer im Rheingau-Taunus-Kreis eine geringe Nitrat- und Düngerbelastung aufweisen.

Sodann wird der Berichtsantrag zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

Es wird um Bericht zur Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Wie hoch ist die Nitrat- und Düngerbelastung (Stickstoff und Phosphor) der Gewässer im Rheingau-Taunus-Kreis?
2. Wie hoch ist die Nitrat- und Düngerbelastung sowie die Belastung durch Medikamentenrückstände unserer Grundwässer und Trinkwässer?
3. Wo im RTK werden die Grenzwerte überschritten?
4. In welchem zeitlichen Abstand wird die Wasserqualität überprüft?
5. Welcher Anteil des Wasserpreises entfällt auf die Aufbereitungskosten, welche durch die in 2.) genannten Belastungen erforderlich sind?

TOP 11. DS X/687 Römerkastell Zugmantel; hier: Berichts Antrag Nr. 16/18 der AfD-Fraktion vom 25.07.2018

An der Aussprache zum Antrag 16/18 beteiligen sich die Abg. Schmelzeisen, Reineke-Westphal, Hoffmann, Landrat Kilian und KB Dr. Mödden.

Der Abg. Kessner erläutert den Antrag 16/18 und stellt klar, dass es sich um einen Berichts Antrag handeln soll. Der neue formulierte Antrag lautet: Die AfD Fraktion beantragt für die Sitzung am 28.08.2018 folgende Fragen durch einen Berichts Antrag zu klären:

1. Lässt...

Über den Berichts Antrag wird abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen, bei einer Enthaltung**

Beschluss:

Die AfD-Fraktion beantragt für die Sitzung am 28.08.2018 folgende Fragen durch einen Berichts Antrag zu klären:

1. Lässt sich mit absoluter Sicherheit feststellen, dass die bestehende Bepflanzung der gesamten Fläche des „Kastell Zugmantel“ mit dem hessischen Gesetz zum Schutze der Kulturdenkmäler in Einklang steht?
2. Haben Baumwurzeln die Grundsubstanz und die Grundmauern bereits in leichtem, mittlerem oder erheblichem Maße beschädigt?
3. Lässt sich eine Verletzung des § 12 (1) des hessischen Gesetzes zum Schutze der Kulturdenkmäler mit absoluter Sicherheit ausschließen?
4. Ergäbe sich aus der möglichen Verletzung des §12(1) hess. Gesetz zum Schutze der Kulturdenkmäler zwingend eine Abholzung des Areals?
5. Welche Schritte hat die zuständige Denkmalsschutzbehörde zum Schutz des Denkmals bisher unternommen oder unterlassen?
6. Der Management Plan 2010 der Deutsche Limeskommission forderte im Abschnitt (2.1-2.2.6) die Erhaltung der entsprechenden Denkmalsgrenzen.
 - a.) Inwiefern sind diese Denkmalsgrenzen aktuell überhaupt noch erhalten?
 - b.) Welcher Bereich des Denkmals ist überbaut?
 - c.) Welcher Bereich des Denkmals ist überpflanzt?
 - d.) Welcher Bereich ist zerstört?
7. Weshalb ist die Darstellung der Inhaltlichen Gültigkeit (Management Plan 2010 Deutsche Limeskommission) unter Punkt 3.1.1.-3.1.6 verletzt und steht im krassen Widerspruch zum Zustand des Kastells, welches aktuell mitten im dunklen Wald steht?

8. a) Unter welchen rechtlichen Voraussetzungen des Denkmalschutzes konnte die Fa. „Waffel Löser“ eine Baugenehmigung zur Überbauung auf Denkmalsgelände („Vicus-Bereich“) erhalten?
b.) Wer hat unter welchen Voraussetzungen und Rechtsgrundlagen die Baugenehmigung(en) erteilt?
c.) Wurden denkmalschutzrechtliche Belange des „Vicus-Bereich“ des Römerkastells ausreichend geprüft?
9. a) Stören die Pfähle und Holzskulpturen, die rund um den Limesturm zur „Verschönerung“ angebracht wurden, die archäologische Fundlage im Boden zusätzlich?
b.) Lässt sich mit diesem Umstand ein Verstoß gegen den § 16 1.3 und 1.4 des hessischen Gesetzes zum Schutze der Kulturdenkmäler mit absoluter Sicherheit ausschließen?
10. Gab es bzgl. der Umgestaltung mittels der „Verschönerungen“ rund um den Limesturm eine Genehmigung der Denkmalsschutzbehörde? Wenn ja, auf welcher Rechtsgrundlage?
11. Weshalb darf das Kulturdenkmal mit (kommunalen) Werbeanlagen versehen werden?
12. Gehen aus der Aktenlage Hinweise hervor, weshalb eine Genehmigung bzw. Erlaubnis am Limesturm erteilt wurde, die Holzskulpturen zu errichten, obwohl dies mit der Gesetzeslage,

"Eine Maßnahme an einer Gesamtanlage (§2 Abs. 2 Nr.1) ist zu genehmigen, wenn sie deren historisches Erscheinungsbild nur unerheblich oder nur vorübergehend beeinträchtigt wird",

offensichtlich nicht in Einklang steht.

Zur Klärung oben genannter Sachverhalte sollen die Stadtbauämter Idstein und Taunusstein, die zuständigen Archäologen sowie sonstige unabhängige sachkundige Personen hinzugezogen werden und den Prozess der Aufklärung dieser Fragen unterstützend begleiten.

TOP 12. DS X/708 Deponien; hier Gemeinsamer Berichts Antrag Nr. 21/18 der CDU und FDP-Fraktion vom 01.08.2018

Abg. Hoffmann erläutert den Berichts Antrag 21/18. KB Ottes sagt die Berichterstattung zu. Über den Berichts Antrag wird abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

1. Der Kreisausschuss wird gebeten gemeinsam mit dem EAW darzulegen, wie viele Deponiestandorte für Erdaushub im Rheingau-Taunus-Kreis sowie in der Rhein-Main-Region vorhanden sind, welche Kapazität die jeweilige Deponie aufweist, wie sich diese Kapazität einer jeweiligen Deponie sowie die gesamte Deponiekapazität in der Region im Vergleich zu einer aufgrund von Mengenaufkommen von Bau- und Abbruchabfällen benötigten Deponiekapazität in den letzten Jahren entwickelt hat, ob eine Kapazitätserhöhung der jeweilig genannten Deponien in den zurückliegenden Jahren stattgefunden hat, in welcher jeweiligen Phase (Errichtungsphase, Ablagerungsphase, Stilllegungsphase) sich die jeweilige Deponie befindet, welche Laufzeit für die jeweilige Deponie vorgesehen ist und welche Klassifizierung die jeweilige Deponie aufweist.
2. Weiterhin wird der Kreisausschuss gemeinsam mit dem EAW gebeten, das derzeitige und prognostizierte Mengenaufkommen von Bau- und Abbruchabfällen in der Region (Rheingau-Taunus-Kreis und Rhein-Main-Gebiet) darzustellen.
3. Wo wird unbelasteter Erdaushub aus dem RTK, der nicht unmittelbar auf dem Grundstück verwendet werden kann, derzeit entsorgt?
4. Dem Kreistag ist der Bericht vorzulegen.

TOP 13.	DS X/653	Bundesfachplanung Ultramet: Behörden- und Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 9 Netzausbaubeschleunigungsgesetz (NABEG) für den Abschnitt D Weißenturm-Riedstadt des Vorhabens Nr. 2 des Bundesbedarfsplangesetzes (Osterath-Philippsburg)
----------------	-----------------	--

TOP 13 mit der Drucksache X/653 und TOP 21 mit dem Berichts Antrag 31/18 der FDP-Fraktion werden gemeinsam behandelt. Es wird aber getrennt über beide Tagesordnungspunkte abgestimmt. Abg. Kessner beantragt nach der Erläuterung der Drucksache X/653 durch Landrat Kilian über die Punkte 1-4 der Beschlussempfehlung getrennt abzustimmen.

Abg. Kessner stellt im Zuge der Diskussion Bildmaterial zur Erdverkabelung von Leitungstrassen zur Verfügung.

Zuerst wird die Drucksache X/653 in den Punkten 1-4 einzeln zur Abstimmung gestellt:

Punkt 1 wird einstimmig zugestimmt.

Punkt 2 wird zugestimmt, bei zwei Gegenstimmen.

Punkt 3 wird zugestimmt, bei einer Gegenstimme.

Punkt 4 wird einstimmig zugestimmt.

Sodann wird über die gesamte Beschlussempfehlung der Drucksache X/653 abgestimmt:

einstimmig zugestimmt.

Auch dem Antrag 31/18 der FDP-Fraktion wird einstimmig zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

Der Rheingau-Taunus-Kreis gibt die als Anlage 1 beigefügte Stellungnahme zur Bundesfachplanung Ultranet Abschnitt D ab.

Sie wird um folgende Punkte ergänzt:

1. Aufgrund der fehlenden Notwendigkeit der Trasse, sollte vollständig auf den Bau der Höchstspannungsübertragungsleitung verzichtet werden.
2. Sollte das nicht möglich sein, ist aufgrund der geringeren Auswirkungen auf das Schutzgut Mensch die linksrheinische Trassenvariante zu realisieren.
3. Sollte das nicht möglich sein, ist eine erdverkabelte Trasse entlang der A 3 zu realisieren (siehe Anlage 6).
4. Sollte das nicht möglich sein, sind die von der Stadt Idstein und den Gemeinden Niedernhausen und Hünstetten vorgeschlagenen kleinräumigen Trassenalternativen zu realisieren.
5. Der Kreistag fordert vom Deutschen Bundestag eine Änderung des Bundesnetzplanes, so dass rechtssicher Teile der Ultranet-Leitung in Erdverkabelung oder bei oberirdischen Anlagen im Abstand von 400 m zur Wohnbebauung ausgeführt werden können.
6. Der Kreistag unterstützt die Stadt Idstein sowie die Gemeinden Niedernhausen und Hünstetten in ihren Bemühungen, im Hinblick auf mögliche negative Beeinflussungen der Anwohner eine verträgliche Lösung im Rahmen des Planverfahrens für die Ultranet-Leitung zu erreichen.

TOP 14. DS X/686 205. Vergleichende Prüfung / Liste der Beschlussempfehlungen

An der Aussprache zur Drucksache X/686 beteiligen sich die Abg. Hoffmann und Kessner sowie KB Döring.

Abg. Kessner fragt KB Döring nach den konkreten Zugangskriterien für die Beförderungsleistungen. KB Döring sichert eine bilaterale Klärung zu.

Über die Drucksache X/686 wird abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

1. Der Schlussbericht des Präsidenten des Hessischen Rechnungshofes – Überörtliche Prüfung kommunaler Körperschaften – über die 205. Vergleichende Prüfung „Betätigung bei Verkehrsgesellschaften II“ (siehe Anlage 1) wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Beschlussvorschläge der Verwaltung des Rheingau-Taunus-Kreises (siehe Anlage 2) gemäß beigefügter Liste zum o.g. Schlussbericht werden beschlossen.

TOP 15. DS X/654 Teilrekonstruktion Römerkastell Zugmantel; hier Antrag Nr. 20/18 der AfD-Fraktion vom 22.06.2018

Der Antrag 20/18 der AfD-Fraktion vom 22. Juni 2018 wird um einen Antrag der CDU-Fraktion vom 16. August 2018 ergänzt (**Anlage 1**). Der Antrag der CDU-Fraktion wird in der Ausschusssitzung als Tischvorlage verteilt. Abg. Kessner und Abg. Mosler erläutern die Anträge ihrer Fraktionen.

An der Aussprache beteiligen sich Abg. Kessner, Mosler, Reineke-Westphal und Hoffmann sowie die KB Dr. Mödden und Dr. Orth-Krollmann. Die Abg. Reineke-Westphal weist darauf hin, dass zusätzlich zum Kastell Zugmantel auch das Kastell Alteburg und der Limesturm in Idstein bei der weiteren touristischen Entwicklung betrachtet werden sollten.

Zuerst wird über den Antrag 20/18 der AfD- Fraktion abgestimmt.

Er wird mehrheitlich abgelehnt, bei einer Zustimmung.

Danach wird über den Antrag der CDU-Fraktion vom 16. August 2018 abgestimmt.

Ihm wird einstimmig zugestimmt, bei einer Enthaltung.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen bei 1 Enthaltung**

Beschluss:

1. Der Kreisausschuss soll prüfen, ob im Untertaunus im Bereich des früheren Römerkastells Zugmantel eine touristische Nutzung zur Verbesserung der Tourismusattraktivität des Untertaunus herbeigeführt werden kann.

2. Der Kreisausschuss wird in Zusammenhang mit Punkt 1 gebeten, mit der Stadt Taunusstein in Kontakt zu treten, um die Möglichkeit einer touristischen Nutzung zu eruieren und ggf. sich der Machbarkeitsstudie im Zuge des LEADER-Programms anzuschließen. In diesem Sinne sollen auch wirtschaftliche, soziale und bildungsinhaltliche Sekundäreffekte durch eine touristische Nutzung im Untertaunus betrachtet werden.

TOP 16. DS X/680 Sozialer Wohnungsbau; hier: Antrag Nr. 21/18 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen von 17.07.2018, eingegangen am 23.07.2018

Zum Thema sozialer Wohnungsbau liegen der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 17. Juli 2018, ein Antrag der CDU-Fraktion vom 16.08.2018 sowie ein Antrag der SPD-Fraktion vom 21. August 2018 (**Anlage 2**) vor. Der Antrag der SPD-Fraktion wird in der Sitzung als Tischvorlage ausgegeben.

Nach einer Diskussion, an der sich die Abg. Mosler, Reineke-Westphal, Pörtner, Güttler sowie Landrat Kilian beteiligt haben, werden die Anträge zurückgezogen. Der Ausschuss für Energie, Umwelt und Kreisentwicklung schließt sich der Empfehlung im Ausschuss für Jugend, Bildung und Soziales an. Es soll ein gemeinsamer Antrag formuliert werden.

Abstimmungsergebnis: **Von den Antragsstellern zurückgezogen**

TOP 17. DS X/692 Vollsperrungen im RTK; hier Antrag Nr. 23/18 der AfD-Fraktion vom 25.07.2018

Zum TOP 17 liegt ein Antrag 23/18 der AfD-Fraktion vom 25. August 2018 vor. Der Abg. Hoffmann bittet darum, den Antrag der AfD-Fraktion dahingehend zu ergänzen, dass auch eine Verringerung der Bauzeiten für besonders kritische Strecken zu prüfen ist. Abg. Kessner übernimmt diese Ergänzung in den Antrag.

An der Diskussion beteiligen sich die Abg. Kessner, Hoffmann, Güttler, Mosler, Reineke-Westphal und KB Pirschle.

Sodann wird der Antrag zur Abstimmung gestellt

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen, bei vier Enthaltungen**

Beschluss:

Der Kreistag bittet den Kreisausschuss zu prüfen, ob Möglichkeiten bestehen, die Belastung der Bevölkerung im Rheingau-Taunus-Kreis bei erforderlichen Straßenbaumaßnahmen zu verringern. Dabei ist auch die Verringerung der Bauzeiten für besonders kritische Strecken zu prüfen.

Konkret stellen Dauer-Vollsperrungen von Kreis-/Landes-/Bundesstraßen über längere Zeiträume insbesondere für die örtliche Bevölkerung eine große Belastung dar, wenn die Umleitung die Fahrstrecke wesentlich verlängert oder der Umleitungsverkehr innerorts zu erhöhten Belastung von Anwohnern beiträgt.

Als Beispiele seien genannt: Die aktuelle Vollsperrung in Presberg, Vollsperrungen auf der B54 im Bereich Aarbergen, auf der B417 im Bereich Hünstetten, Kreisstraßen Kiedrich-Hausen, Bärstadt-Hausen, Ortsdurchfahrt Taunusstein-Wehen.

TOP 18. DS X/695 Tempo 30 nachts auf der B260 in Eltville-Martinsthal: hier: Antrag Nr. 26/18 der SPD-Fraktion vom 30.07.2018

Landrat Kilian erläutert, dass er als zuständige Straßenverkehrsbehörde die Anordnung, die Höchstgeschwindigkeit in der OD Eltville-Martinsthal auf Tempo 30 zu beschränken, bereits am 30. Juli 2018 an Hessen Mobil erteilt hat.

Der Antragsteller erklärt daraufhin, dass der Antrag zurückgezogen wird.

Abstimmungsergebnis: **vom Antragsteller zurückgezogen**

TOP 19. DS X/696 Sanierungsmaßnahmen der L3272 Presberg; hier Antrag Nr. 27/18 der SPD-Fraktion vom 30.07.2018

Der Abg. Mosler hält den Antrag der SPD-Fraktion 27/18 nach Rücksprache mit der vor Ort tätigen Bürgerinitiative für entbehrlich, weil bereits Gespräche mit Hessen Mobil geführt worden. KB Pirschle unterstützt des Antrag der SPD-Fraktion.

An der Aussprache beteiligen sich die Abg. Güttler, Mosler, Hoffmann, Schmelzeisen und KB Pirschle.

Über den Antrag wird abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt, bei drei Enthaltungen**

TOP 20. DS X/704 Krankenhausschließung in Bad Schwalbach sowie bisher nicht zur Verfügung stehende Intensivbetten in Idstein; hier Antrag Nr. 29/18 der Fraktion DIE LINKE vom 31.07.2018

Abg. Pörtner stellt klar, dass es sich beim Antrag Nr. 29/18 um einen Berichts Antrag handelt und bittet den Ältestenrat darum, den Antrag auf die Tagesordnung II des Kreistages zu setzen.

KB Merkert berichtet, dass am 1. September 2018 ein Besichtigungstermin im Krankenhaus Idstein stattfindet und sie im Nachgang darüber berichten kann, ob die Intensivbetten bereitgestellt wurden.

Der Berichts Antrag 29/18 wird zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

Der Kreisausschuss wird gebeten zu berichten, ob die durch die Schließung des Krankenhauses in Bad Schwalbach sowie die bisher nicht zur Verfügung stehenden Intensivbetten in Idstein benötigten zusätzlichen Rettungsmittel zur Einhaltung der 30 Minuten Frist seit dem 1.6.18 vorhanden sind und wenn ja, um welche es sich handelt. Sollten diese bisher nicht vorhanden sein, wird darum gebeten zu erläutern, wann sie zur Verfügung stehen werden.

TOP 21. DS X/709 Rechtssicherheit bei Ultratnet; hier: Antrag Nr. 31/18 der FDP-

siehe TOP 13

TOP 22. DS X/710 Sanierungskonzept für die Kreisstrassen; hier: Antrag Nr. 32/18 der FDP-Fraktion vom 01.08.2018

Zum TOP 22 liegen drei Anträge vor. Der Ergänzungsantrag der AfD-Fraktion vom 16. August 2018 (**Anlage 3**). Der Ergänzungsantrag der SPD-Fraktion vom 21. August 2018 (**Anlage 4**) und der Ursprungsantrag der FDP Fraktion vom 1. August 2018.

Antragsteller Abg. Hoffmann erklärt, dass er die Punkte 6-8 des SPD-Antrags in seinen Antrag übernimmt.

Abg. Kessner begründet den AfD-Antrag.

Übereinstimmend empfiehlt der Ausschuss den nun gemeinsamen Antrag der CDU-Fraktion und der SPD-Fraktion um einen weiteren Punkt zu ergänzen:
9. Es wird jährlich im Fachausschuss EUKA berichtet.

Abg. Hoffmann, Mosler, Kessner, Güttler und KB Pirschle beteiligen sich an der Aussprache.

Der gemeinsame Antrag der CDU und der SPD mit der Ergänzung um die jährliche Berichterstattung wird zuerst zur Abstimmung gestellt.

einstimmig beschlossen, bei einer Enthaltung

Sodann wird über den Antrag der AfD-Fraktion abgestimmt

mehrheitlich abgelehnt, bei einer Ja-Stimme

Beschluss:

1. Dem Kreistag ist bis zur Einbringung des Haushaltsentwurfes für 2019 ein Sanierungskonzept für die Kreisstraßen mit einem Zielhorizont von 10 Jahren vorzulegen, um die Kreisstraßen im Rheingau-Taunus-Kreis in einen guten bzw. sehr guten Zustand zu versetzen und anschließend auch entsprechend zu erhalten.
2. Erstes Ziel des Sanierungskonzepts ist es, alle Kreisstraßen, die im Straßenzustandsbericht des Rheingau-Taunus-Kreises als dringend sanierungsbedürftig eingestuft werden, kurzfristig zu sanieren und zumindest in einen guten Zustand zu versetzen.
3. Weiteres Ziel ist es, mit dem Sanierungskonzept zu verhindern, dass Straßen zukünftig in einen Zustand geraten, der als dringend sanierungsbedürftig zu bezeichnen ist. Hierzu sollen entsprechend frühzeitig Sanierungs- Instandhaltungsmaßnahmen vorgesehen und geplant werden.
4. Schließlich ist dieser gute bzw. sehr gute Zustand der Kreisstraßen durch Bereitstellung von

Mitteln jedenfalls in Höhe der jährlichen Abschreibungen dauerhaft zu erhalten.

5. Eventuell erforderliche höhere Mittel sind entsprechend des Sanierungskonzepts im Haushaltsentwurf 2019 einzuplanen.

6. In dem Konzept soll der geschätzte Sanierungsmittelbedarf der sanierungsbedürftigen Kreisstraßen beziffert und Auskunft über die zur Sanierung notwendigen Zuschüsse gegeben werden.

7. Ferner soll dargestellt werden, wie die mit dringend sanierungsbedürftig eingestuften Kreisstraßen beschleunigt realisiert werden können.

8. Der Kreistag fordert die Landesregierung auf, die Mittel im Rahmen des Landesprogramms zum Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz angesichts des steigenden Bedarfs auf 200 Mio. Euro zu verdoppeln und den Eigenanteil der finanzschwachen Kommunen zu begrenzen.

9. Es wird jährlich im Fachausschuss EUKA berichtet.

TOP 23. DS „Runder Tisch Bauen im Außenbereich“ – Beratung über das weitere Vorgehen

Der Ausschussvorsitzende Weimann wird einen zusammenfassenden Vorschlag zum Thema Bauen im Außenbereich in Abstimmung mit den Fraktionen erstellen.

TOP 24. DS Verschiedenes

Abg. Kessner erkundigt sich nach dem Sachstand des Berichtsantrags Windkraft in Heidenrod. Landrat Kilian sichert ihm eine kurzfristige schriftliche Information zu.

TOP 25 DS X/699 Beitritt der Rheingau-Taunus-Verkehrsgesellschaft mbH (RTV) zur Citybahn GmbH

Redaktionelle Änderungen zum Konsortialvertrag werden im Gremium ausgegeben. Ausschussvorsitzender Weimann weist noch einmal darauf hin, dass die Inhalte des Gesellschaftsvertrages und des Konsortialvertrages nicht Gegenstand der öffentlichen Debatte sein sollen.

Die Abg. Kessner und Hoffmann erläutern, dass sie der Drucksache X/699 nicht zustimmen können, weil die NKU-Untersuchung nicht vorliegt und der Bürgerentscheid in Wiesbaden dazu führen kann, dass das Vorhaben scheitert.

Die Drucksache X/699 wird zur Abstimmung gestellt.

Dem Beschluss wird mehrheitlich zugestimmt bei zwei Gegenstimmen.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich beschlossen bei 2 NEIN-Stimmen**

Beschluss:

1. Dem Beitritt der Rheingau-Taunus-Verkehrsgesellschaft mbH (RTV) zur CityBahn GmbH und dem damit verbundenen Abschluss des anliegenden Konsortialvertrages (Anlage 1a) und Gesellschaftsvertrages (Anlage 1b) wird zugestimmt.
2. Die Nutzen-Kosten-Quotienten (NKQ)- Untersuchung für den Streckenabschnitt Bad Schwalbach Bhf. - Schmidtbergplatz wird bei der PTV Group gemäß beigefügtem Angebot (Anlage 2) durch Kostenübernahmeerklärung durch die RTV gegenüber ESWE in Auftrag gegeben.
3. Die Vorplanung für den Streckenabschnitt Kreisgrenze (Eiserne Hand) - Bad Schwalbach wird gemäß beigefügtem Angebot (Anlage 3) bei der Schüßler-Plan durch Kostenübernahmeerklärung durch die RTV gegenüber ESWE in Auftrag gegeben.
4. Der Kreisausschuss wird beauftragt, bis zur nächsten Kreistagssitzung am 30. Oktober 2018 eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung mit den Städten Taunusstein und Bad Schwalbach abzuschließen, welche die Planungskosten bis zu der Phase 4 (Genehmigungsplanung) zum Inhalt hat.
5. Der Kreisausschuss wird ferner beauftragt, alle Maßnahmen zu treffen und umzusetzen, damit die Vorplanung auf dem Kreisgebiet den gleichen Verfahrensstand erreicht wie die Vorplanungen in Mainz und Wiesbaden. Dem Kreistag wird zu jeder Sitzung berichtet.

Der Ausschussvorsitzende dankt den Anwesenden für die gute Zusammenarbeit und schließt die Sitzung um 18:32 Uhr.

Bad Schwalbach, 22. August 2018

.....
(Paul Weimann)
Ausschussvorsitzender

.....
(Yvonne Grein)
Schriftführerin